

# Ein Plan B für Europa

Aus dem Finanzstaatsstreich gegen Griechenland vom 13. Juli müssen Lehren gezogen werden. **Von Stefano Fassina, Zoe Konstantopoulou, Oskar Lafontaine, Jean-Luc Mélenchon und Gianis Varoufakis**

■ *jW* dokumentiert einen Text von Oskar Lafontaine (Die Linke, ehemaliger deutscher Finanzminister), Jean-Luc Mélenchon (Parti de Gauche, ehemaliger französischer Minister für Berufsbildung), Stefano Fassina (ehemaliger italienischer Vizefinanzminister), Gianis Varoufakis (ehemaliger griechischer Finanzminister) sowie Zoi Konstantopoulou (Volkseinheit, bisherige Präsidentin des griechischen Parlaments). Die Erklärung wurde am Sonnabend auf der Fête de l'Humanité in Paris vorgestellt:

Am 13. Juli wurde die demokratisch gewählte griechische Regierung von Alexis Tsipras durch die Europäische Union in die Knie gezwungen. Die »Einigung« vom 13. Juli ist ein Staatsstreich. Sie wurde dadurch erreicht, dass die Europäische Zentralbank (EZB) die Schließung der griechischen Banken erzwang und drohte, diese nicht wieder öffnen zu lassen, bis die griechische Regierung eine neue Version eines gescheiterten Programms akzeptiert. Warum? Weil das offizielle Europa die Idee nicht ertragen konnte, dass ein Volk, das unter einem zerstörerischen Austeritätsprogramm leidet, es wagt, eine Regierung zu wählen, die entschlossen »nein« sagt.

Durch mehr Austerität, zusätzlichen Ausverkauf öffentlichen Eigentums, größerer Irrationalität im Bereich der Wirtschaftspolitik als je zuvor und massiver Menschenverachtung im Bereich der Sozialpolitik wird das neue Memorandum nur dazu dienen, Griechenlands große Depression zu verschlimmern und Griechenlands Reichtum nichtgriechischen und griechischen Oligarchen zur Beute zu machen.

## Demokratie ausgehebelt

Aus diesem Finanzstaatsstreich müssen wir unsere Lehren ziehen. Der Euro ist das Werkzeug politischer und ökonomischer Dominanz einer kleinen europäischen Elite geworden. Diese Oligarchie versteckt sich hinter der deutschen Regierung, erfreut darüber, dass Frau Merkel all die Schmutzarbeit macht, zu der andere Regierungen unfähig sind. Dieses Europa schafft Verletzungen, sowohl innerhalb der Länder als auch zwischen ihnen: Massenarbeitslosigkeit, scharfes Sozialdumping und Beleidigungen der europäischen Peripherie, die der deutschen Führung zugeschrieben werden, aber von allen »Eliten«, auch denen der Peripherie, nachgeplappert werden. Die Europäische Union ist so zur Vertreterin eines extrem rechten Ethos geworden sowie zu einem Werkzeug, um demokratische Kontrolle über Produktion und Verteilung in Europa auszuhebeln.

Es ist eine gefährliche Lüge, zu behaupten, dass der Euro und die EU den Europäerinnen und Europäern dienen und sie von Krisen abschirmen würden. Es ist eine Illusion zu glauben, dass Europas Interessen im eisernen Käfig aus den Regeln der Euro-Zone und den europäischen Verträgen geschützt werden könnten. Die Methode Präsident Hollandes und Ministerpräsident Renzi, sich wie Musterschüler oder tatsächlich wie »Mustergefangene«, zu verhalten,



Auf der Fete de l'Humanité in La Courneuve bei Paris am Sonnabend: Gianis Varoufakis (l.), Jean-Luc Mélenchon und Oskar Lafontaine

ist eine Form der Kapitulation, die nicht mal Milde finden wird. EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hat es klar gesagt: »Es kann keine demokratische Wahl gegen die europäischen Verträge geben«. Das ist die neoliberale Adaption der Doktrin der »beschränkten Souveränität«, erfunden von (Leonid) Breshnew (1906–1982, von 1964 bis 1982 Chef der KPdSU, *jW*) 1968. Damals haben die Sowjets den Prager Frühling mit ihren Panzern niedergeschlagen. Diesen Sommer hat die EU den Athener Frühling mit ihren Banken zerschlagen.

Wir sind entschlossen, mit diesem »Europa« zu brechen. Das ist die Grundvoraussetzung dafür, die Zusammenarbeit zwischen unseren Völkern und Ländern auf neuer Basis wieder aufzurichten. Wie können wir eine Politik umsetzen, die gute Arbeitsplätze vor allem für junge Menschen schafft, die Wohlstand umverteilt, eine ökologische Wende herbeiführt und die Demokratie wiederherstellt, in den Beschränkungen dieser EU? Wir müssen dem Irrsinn und der Unmenschlichkeit der aktuellen europäischen Verträge entkommen und sie von Grund auf erneuern, um die Zwangsjacke des Neoliberalismus abzustreifen, den Fiskalpakt aufzuheben und TTIP zu verhindern.

Wir leben in außergewöhnlichen Zeiten und sind mit einer wahrhaften Notlage konfrontiert. Die Demokratien der Mitgliedsstaaten brauchen Luft zum Atmen und den politischen Raum, der ihnen die Möglichkeit gibt, sinnvolle Politik auf einzelstaatlicher Ebene voranzubringen, ohne Angst vor dem harten Eingreifen einer autoritären Eurogruppe, dominiert von den Interessen des stärksten Mitgliedsstaates und von Großkonzernen, oder einer EZB, die als Dampfwalze droht, jedes »unkooperative Land« niederzuwalzen, wie mit Zypern und Griechenland geschehen.

## Ziviler Ungehorsam

Dies ist unser Plan A: Wir werden alle in unseren Ländern, und alle zusammen überall in Europa, auf eine vollständige Neuverhandlung der

europäischen Verträge hinarbeiten. Bis diese Neuverhandlung erreicht ist, beteiligen wir uns in einer Kampagne des europäischen zivilen Ungehorsams gegenüber willkürlichen europäischen Praktiken und irrationalen »Regeln« an den Kämpfen der Europäerinnen und Europäer überall in Europa.

Zuallererst muss die Euro-Gruppe rechenschaftspflichtig gemacht werden. Zudem muss die Mär beendet werden, dass die EZB »unpolitisch« und »unabhängig« wäre, wenn sie (auf schädlichste Weise) höchst politisch agiert, vollständig abhängig von bankrotten Bankern und deren politischen Handlangern, und bereit ist, Demokratie mit einem Knopfdruck zu beenden.

Die Mehrheit der Regierungen, die die europäische Oligarchie repräsentieren und sich hinter Berlin und Frankfurt verstecken, haben ebenfalls einen Plan A: Statt der Forderung der Menschen Europas nach Demokratie nachzugeben, deren Widerstand brutal zu beenden, wie im Juli in Griechenland geschehen. Warum haben sie es geschafft, einer demokratisch gewählten Regierung die Luft abzuschneiden? Weil sie auch einen Plan B hatten: Griechenland im schlechtesten möglichen Zustand aus der Euro-Zone zu werfen, indem das Bankensystem zerstört und die Wirtschaft zum Stillstand gebracht wurden.

## Anderes Geldsystem

Angesichts dieser Erpressung benötigen wir unseren eigenen Plan B als Abschreckung gegen den Plan B, den Europas reaktionärste und antidemokratische Kräfte verfolgen. Dies ist zur Stärkung unserer Position notwendig, im Angesicht ihres brutalen Bekenntnisses zu einer Politik, die die Mehrheit im Interesse einer kleinen Minderheit opfert. Aber auch, um dem einfachen Prinzip neue Geltung zu verschaffen, dass Europa den Interessen der Europäerinnen und Europäer dienen muss und dass Währungen Werkzeuge sind, um den

gemeinsamen Wohlstand zu mehrer, nicht Folterinstrumente oder Waffen zur Abschaffung der Demokratie: Wenn der Euro nicht demokratisiert werden kann, wenn sie weiter darauf bestehen, den Menschen die Luft abzuschneiden, dann werden wir uns erheben und ihnen in die Augen sehen und sagen: Versucht es nur! Eure Drohungen ängstigen uns nicht. Wir werden einen Weg finden, um sicherzustellen, dass die Europäerinnen und Europäer ein Geldsystem haben, das für sie arbeitet, nicht gegen sie.

Unser Plan A für ein demokratisches Europa, gestützt durch einen Plan B, der den Mächtigen zeigt, dass sie uns durch ihre Erpressung nicht unterwerfen können, ist offen und zielt darauf, die Mehrheit der Europäerinnen und Europäer anzusprechen. Dies erfordert ein hohes Maß an Vorbereitung. Die Debatte wird die technischen Elemente verstärken. Viele Ideen gibt es bereits: die Einführung eines parallelen Zahlungssystems, Parallelwährungen, digitalisierte Euro-Transaktionen, ein Austritt aus der Euro-Zone sowie die Umwandlung des Euro in eine (demokratische) Gemeinschaftswährung.

Kein europäisches Land kann sich in Isolation befreien. Unsere Vision ist internationalistisch. In Erwartung dessen, was in Spanien, Irland – möglicherweise wieder in Griechenland, abhängig von der Entwicklung der dortigen politischen Situation – und in Frankreich 2017 passieren könnte, müssen wir auf einen konkreten Plan B hinarbeiten, unter Berücksichtigung der Besonderheiten in jedem einzelnen Land.

Wir schlagen deshalb vor, einen internationalen Gipfel für einen Plan B für Europa einzuberufen, der allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern, Organisationen und Intellektuellen offen steht. Diese Konferenz könnte bereits im November 2015 stattfinden. Wir werden den Prozess am Samstag, den 12. September, während der Fête de l'Humanité in Paris beginnen. Schließen Sie sich uns an!

## ■ Euro-Debatte

### Auf der »Fête«

Auf dem Volksfest »Fête de l'Humanité«, das am Wochenende wieder Hunderttausende Besucher in den Pariser Vorort La Courneuve zog, warben die Autoren von »Ein Plan B für Europa« um Unterstützung für ihr Papier. Der griechische Exfinanzminister Gianis Varoufakis verlangte vor einem begeisterten Publikum eine Diskussion über »Methoden, um uns gegen Dr. Schäuble zu verteidigen«. Wenn die Linke scheitere, würden die Rechtsradikalen und Rassisten sich durchsetzen und Europa werde seine Seele verlieren. Zur Konferenz im November in Paris, zu der in der gemeinsamen Erklärung der Linkspolitiker aufgerufen wird, erklärte er, dort sollten »parallele Liquiditätsformen« diskutiert werden, »die nicht von der Zentralbank kontrolliert werden«. Auf die Frage nach seiner Auffassung zu einem Austritt aus der Euro-Zone antwortete er: »Die Euro-Zone wurde für die Banken und die wichtigsten europäischen Länder geschaffen. Das Verlassen der Euro-Zone ist nicht zu empfehlen, aber man muss davor auch keine Angst haben.«

Der Politiker, der am gestrigen Sonntag und am heutigen Montag in England an Veranstaltungen mit dem neuen Labour-Vorsitzenden Jeremy Corbyn teilnimmt, begrüßte dessen Wahlerfolg: »Das ist ein Hoffnungsfunkeln, der eine kleine Kerze gegen die Austerität entzündet. Man muss helfen, die Flamme zu erhalten, damit sie groß wird – quer durch Europa.« Jean-Luc Mélenchon fügte hinzu: »Jeremy Corbyn ist ein möglicher Verbündeter für den »Plan B.« Angesichts von Diskussionen darüber, dass die Französische Kommunistische Partei Alexis Tsipras eingeladen hatte, die Parti de Gauche (PG) aber Varoufakis, erklärte er: »Es gibt keine Unterschiede im Herangehen und keine Spaltung, sondern Diskussionen über die Art der Antwort auf die Herausforderung, die uns gestellt wird.«

Der Europaparlamentarier Fabio De Masi (Die Linke) unterstützte den »Plan B für Europa« gegenüber *jW* mit den Worten: »Die EZB wird jeder Regierung, die Depression und Arbeitslosigkeit bekämpft und die Demokratie verteidigt, den Euro abdrehen. Schäuble will mit seinem Plan A für die Vertiefung der Währungsunion den Euro endgültig zur D-Mark machen. Aber ohne Demokratie, eigene Zentralbanken und die Stoßdämpfer der Wechselkurse. Den Parlamenten wird die Kontrolle über die Haushalte entrissen, Sozialabbau gibt's per Knopfdruck, und Beamte in Wettbewerbsbehörden kürzen Löhne, wenn die Gewerkschaften zu frech werden. Ein guter Euro wäre schön, ist aber unrealistisch. Wir brauchen daher auch einen Plan B, damit sich die griechische Tragödie nicht wiederholt oder gar der Euro chaotisch zerbricht.«